

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 92 (2012)

Heft: 993

Artikel: Und Europa bewegt sich doch

Autor: Clement, Wolfgang

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735352>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Und Europa bewegt sich doch

Deutsche Sicht II: Die EU hat die Chance, an ihrer bisher grössten Krise zu genesen.

von Wolfgang Clement

Der Traum von dem einen, einigen, einzigen, grenzenlosen Europa, in dem allerorten Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und soziale Sicherheit herrschen, geht nun schon seit Jahrzehnten auf dem alten Kontinent um. Heute lässt sich sagen: der Weg zu einer solchen Gemeinschaft erweist sich als viel länger und steiniger, als sich dies unsere Vorfäder nach dem Zweiten Weltkrieg ausgemalt haben mögen.

Der Weg begann ganz pragmatisch mit den Europäischen Verträgen für Kohle und Stahl von 1952 und erlebte seinen ersten Höhepunkt mit den Römischen Verträgen im Jahr 1957. Seither ging es zumeist nur in Trippelschritten voran. Ein grosser Wurf gelang erst wieder im Jahr 1992 mit dem «Vertrag über die politische Union»,

der 1992 in Maastricht unter der Federführung von Jacques Delors zustande kam und die Währungsunion gebar. Doch in den nunmehr zwei Jahrzehnten seit Maastricht ist der europäische Fortschritt ins Stolpern geraten. An seinem Wegesrand liegen etliche enttäuschte Hoffnungen, verpasste Chancen und gebrochene Versprechen. Wer trotz dieses Ungemachs den Glauben an die europäische Zukunft noch nicht aufgegeben hat, der muss wohl ein unverbesserlicher Optimist sein! In der Tat: ich zähle mich zu ihnen.

In den nunmehr zwei Jahrzehnten seit Maastricht ist der europäische Fortschritt ins Stolpern geraten.

Tote Buchstaben...

Der Leidensweg mit all seinen Irrungen und Wirrungen begann mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1996. Der an sich richtige Gedanke bestand darin zu verhindern, dass sich die Mitgliedsländer des Euro-Währungsraums über alle Massen verschuldeten und dadurch ihren finanziellen Handlungsspielraum verringerten. Die konkreten Regeln, die dazu vereinbart wurden, blieben leider, wie wir heute wissen, tote Buchstaben. Von den Mitgliedstaaten der EU insgesamt, die die Höhe ihres jährlichen Haushaltsdefizits auf 3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) und den Stand ihrer öffentlichen Verschuldung auf 60 Prozent ihres BIP begrenzen müssten, haben inzwischen 25 (von 27) – darunter

Wolfgang Clement

ist Publizist und Politiker. Er war unter der Regierung von Gerhard Schröder zwischen 2002 und 2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit (SPD) und hat sich jüngst wieder prononciert zu Fragen der EU geäußert.

ter auch Frankreich und Deutschland – die Paktkriterien verletzt.

Noch unrühmlicher endete die sogenannte «Lissabon-Strategie», auf die sich im März 2000 die europäischen Staats- und Regierungschefs einigten. Die Strategie hatte zum Ziel, die EU innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Europa solle zum «Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in der Welt» werden, hiess es damals. «Wissensgesellschaft», «Innovation», «soziale Kohäsion» waren die Schlagworte. Schon vier Jahre später musste allerdings der frühere niederländische Ministerpräsident Wim Kok in einem Vergleich mit den USA feststellen, dass die EU Gefahr laufe, «ihr ehrgeiziges Ziel zu verfehlten» und sich als unfähig zu erweisen, «ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem grösseren sozialen Zusammenhalt zu erzielen». Ein Jahr später verzichtete der Europäische Rat, nachdem sich der Wachstumsabstand zu den USA nicht nur nicht verringert, sondern sogar vergrössert hatte, wohlweislich auf jegliche weitere Zielvorgabe. Die Strategie war ebenfalls zu toten Buchstaben geronnen.

Die grösste Enttäuschung war aber sicher das Scheitern des europäischen Verfassungsvertrages. Ende 2001 hatten die Staats- und Regierungschefs der EU mit der «Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union» einen «Konvent über die Zukunft Europas» einberufen. Er sollte die «Erfolgsgeschichte» der EU forschreiben und nunmehr die politische Union weiterentwickeln. «Demokratisierung» und «Bürgernähe», «Entbürokratisierung» und «klare Zuständigkeitsregelungen innerhalb der EU» waren diesmal die Schlagworte. Der von dem Konvent aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission, der nationalen Parlamente und des Europaparlaments erarbeitete Entwurf des Verfassungsvertrages wurde im Jahr 2004 in Rom von den Staats- und Regierungschefs feierlich unterzeichnet. Er scheiterte jedoch an den anschliessenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden.



Wandelanleihen performen besser als Aktien.

Der MRB Wandelobligationen Fonds erzielte eine bessere Performance als der Durchschnitt seiner Peers und schlägt mittel- bis langfristig den Benchmark bei deutlich geringerem Risiko. Er investiert überwiegend in Wandelinstrumente, die auf die Währung eines OECD-Mitgliedstaates lauten. Der Fonds ist so ausgestaltet, dass er sich für dynamische Anleger empfiehlt, die auf Kapitalgewinne ausgerichtet sind, einen Anlagehorizont von mindestens drei Jahren aufweisen und die aufgrund ihrer Risikotoleranz bereit und in der Lage sind, vorübergehend auch erhebliche Verluste zu verkraften. (ISIN CH0024491646, Valor 2449164)



MRB Vermögensverwaltungs AG
Benno Bründler
Tel +41 (0)44 210 4277
bb@mrbpartner.ch
www.mrbpartner.ch

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen weder eine Anlageberatung oder Offerte noch eine Einladung zur Offertstellung dar, sondern dienen ausschliesslich der Produktbeschreibung. Die in diesem Dokument erwähnten kollektiven Kapitalanlagen sind vertragliche Fonds schweizerischen Rechts. Der Prospekt mit integriertem Fondsvertrag, der vereinfachte Prospekt, die Statuten bzw. Vertragsbedingungen sowie die Jahres- und Halbjahresberichte des Fonds können kostenlos bei den Vertriebssträgern, der Fondsleitung oder unter www.pmg-fonds.ch angefordert werden. Investitionen in ein Produkt sollten nur nach gründlichem Studium des aktuellen Prospekts mit integriertem Fondsvertrag erfolgen. Die ausgegebenen Anteile einer kollektiven Kapitalanlage dürfen nur in solchen Rechtsordnungen zum Kauf angeboten oder verkauft werden, in denen ein solches Angebot oder ein solcher Verkauf zulässig ist. Anteile der erwähnten Fonds dürfen innerhalb der USA weder angeboten noch verkauft oder ausgeliefert werden. Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für künftige Ergebnisse. Die dargestellte Performance lässt allfällige bei Zeichnung und Rücknahme von Anteilen erhobene Kommissionen und Kosten unberücksichtigt. Kommissionen und Kosten wirken sich nachteilig auf die Performance aus. Sollte die Währung eines Finanzprodukts oder einer Finanzdienstleistung nicht mit ihrer Referenzwährung übereinstimmen, kann sich die Rendite aufgrund der Währungsschwankungen erhöhen oder verringern. Diese Informationen berücksichtigen weder die spezifischen oder künftigen Anlageziele noch die steuerliche oder finanzielle Lage oder die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Empfängers. Die Angaben in diesem Dokument werden ohne jegliche Garantie oder Zu- sicherung zur Verfügung gestellt, dienen ausschliesslich zu Informationszwecken und sind lediglich zum persönlichen Gebrauch des Empfängers bestimmt.

PMG Fonds Management AG
Sihlstrasse 95, CH-8001 Zürich
+41 (0)44 215 2838
www.pmg-fonds.ch

Was folgte, war der «Vertrag von Lissabon», ein völkerrechtlicher Vertrag aller Mitgliedstaaten der EU, der im Dezember 2009 in Kraft trat und eine komplizierte, für Laien, also die grosse Mehrheit der Bürger, kaum verständliche Minderausgabe des Verfassungsentwurfs darstellte. Wesentliche Elemente waren die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta der EU, mehr Mitsentscheidungsrechte des Europaparlaments und eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente an der europäischen Rechtssetzung, das neue Amt des Präsidenten des Europäischen Rates und eines Hohen Vertreters für Aussen- und Sicherheitspolitik mitsamt eigenem Auswärtigen Dienst. Der Vertrag trat in Kraft, doch blieb seine Wirkung beschränkt – sozusagen halbtoter Buchstabe.

...erwachen zum Leben

Demgegenüber haben die globale Finanzkrise und die Verschuldungskrise der EU-Staaten auf brutalstmögliche Weise entlarvt, wie mutlos, halbherzig und folglich unzulänglich all diese Versuche waren, aus der EU eine echte, handlungsfähige, politische Europäische Union zu machen. Allerdings haben die Reaktionen der Märkte auch klargemacht, wo die wahren Mängel liegen und was zuvörderst geschehen muss, um sie zu beheben. Die Krise habe die Europäer «viel enger, als das jemals der Fall war, zusammenrücken lassen», hat Kanzlerin Merkel gesagt. Und sie hat recht, jedenfalls was die deutsch-französische Zusammenarbeit angeht. Der britische Partner hingegen scherte aus. Was bedeutet dies?

Die Euro-Group wird nun endgültig zur Avantgarde der europäischen Einigung. Die 17 Mitgliedstaaten – plus mindestens sechs weitere willige EU-Partnerländer – wollen per völkerrechtlichen

Kontrakt (ausserhalb des EU-Vertragswerks) einlösen, was bei Einführung des Euro in Aussicht gestellt wurde: eine gemeinsame, eng abgestimmte und kontrollierte Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalpolitik mit einer Sanktionsautomatik für zuwiderhandelnde Staaten, die bloss noch mit einer Zweidrittelmehrheit der Mitgliedstaaten ausgebremst werden könnte. Dazu kommen Schuldenregeln im nationalen Recht und die mit Sanktionsmöglichkeiten bewehrten europäischen Schuldenregeln, die dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts in allen Mitgliedstaaten dienen, was wiederum – auf Antrag der EU-Kommission oder eines Mitgliedstaates – vom Europäischen Gerichtshof überprüft werden kann.

Die Krise hat der EU – so paradox es klingen mag – neues Leben eingehaucht.

Kann nun funktionieren, was zuvor am fehlenden Willen der EU-Staaten scheiterte? Ich denke: ja. Die Krise hat der EU – so paradox es klingen mag – neues Leben eingehaucht, aus den toten lebendige Buchstaben gemacht. Die Euro-Gruppe zieht damit die Konsequenz aus den entscheidenden, von Kritikern schon seit

Maastricht 1992 beschriebenen Mängeln. Die Währungsunion war bis dato nicht mehr als ein zwischenstaatlicher Verbund mit einer gemeinsamen Währung und gemeinsamen Prinzipien, aber unzureichenden Mechanismen, diese auch durchzusetzen. Die nunmehr vorgesehene «Fiskal- und Stabilitätsunion» (Angela Merkel) ist inhaltlich eine Art «Maastricht plus» – leider ohne Grossbritannien. Sollte sich dieser Kontrakt jedoch bewähren, könnte daraus, wenn die Zeit gekommen ist, eine echte politische Europäische Union werden: mit der Kommission als Exekutive, dem Europaparlament als Legislative und dem Europäischen Rat als «zweiter Kammer».

Doch dazu bedürfte es wohl nach allgemeinem Verfassungsverständnis einer neuen Legitimation, in Form von verbindlichen Volksbefragungen in allen Mitgliedstaaten der EU. Das ist die Perspektive, an die ich als Optimist glaube, auch wenn ihre Realisierungschance noch weit draussen vor der Tür liegt.

Die EU kann an ihrer Krise genesen

Erst einmal muss der neue Vertrag für die Stabilitätsunion unterzeichnet werden. Diese nächste Stufe dürfte sich – auch wenn dies einige durchaus kluge kritische Kommentatoren anders sehen – innerhalb des verfassungsrechtlich noch Begehbarer bewegen. Dies bestätigte der bislang kritischste Geist des deutschen Bundesverfassungsgerichts, Udo Di Fabio, zum Ende seiner richterlichen Amtszeit in einem «Spiegel»-Gespräch mit dem lapidar klingenden Hinweis, dass «die europäische Entwicklung und der Zug zur Globalisierung (...) nun einmal eine exekutive Dominanz» habe. Die Bundesrepublik sei auch «kein abgeschlossener Staat, sondern ein europäisch integrierter», der dem «Grundsatz der Europa-Freundlichkeit» verpflichtet sei. Deshalb müsse ein Parlament, das sich per Zustimmungsgesetz verpflichtet habe, die Maastrichter Stabilitätskriterien einzuhalten, sich auch hinter den neuen Pakt stellen – und «darauf gefasst sein, dass ein Verstoß nicht sanktionslos bleibt».

Europa bewegt sich also doch! In den auffälligsten Krisenländern der Euro-Region sind inzwischen neue Regierungen mit weitreichenden Reformprogrammen am Werk. Wer hätte das vor Jahr und Tag für möglich gehalten? Aber nur so ist das Übel der Staatsverschuldung an der Wurzel zu fassen. Nun könnten sich auch die – von manchen immer wieder kritisierten – 300 Milliarden Euro der Brüsseler Struktur- und Kohäsionsfonds als segensreich erweisen. Solche Mittel zur Förderung von Innovations- und Wachstumskräften und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (insbesondere der explodierenden Jugendarbeitslosigkeit) waren nie besser investiert als heute.

Europäer sein heisst für mich Optimist sein. Die EU hat eine reelle Chance, an ihrer bisher grössten Krise zu genesen. ◀

Ab 9. Februar
jeden Donnerstag



Neu: «EQUITY».

Der intelligente Mehrwert für Unternehmer, Manager und erfolgreiche Anleger.

«Equity» ergänzt ab dem 9. Februar den tagesaktuellen Wirtschaftsteil der «Neuen Zürcher Zeitung». Sie erfahren alles, was Sie rund um die Themen Unternehmen und anspruchsvolles Anlegen wissen müssen. Praxisbezogen und auf höchstem Niveau. «Equity» erscheint jeden Donnerstag als neuer vierter Zeitungsbund und jeden Monat als Special im Magazinformat mit einem Schwerpunktthema, begleitet von einer hochkarätigen Veranstaltung. Jetzt 10 Wochen für 65 Franken kennenlernen: SMS mit Keyword NZZ29 sowie Namen und Adresse an Nr. 55 55 senden (20 Rp./SMS), www.equity.nzz.ch oder Telefon 044 258 15 30.

Neue Zürcher Zeitung